

Presseerklärung

Prof. Dr. Dr. Hans Peter Dürr
Heiko Kauffmann
Prof. Dr. Mohssen Massarrat
Frank Uhe

**Antwort auf das amerikanische Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“
„Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“
Initiatoren des „Aufrufs zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“
legen eine Stellungnahme gegen den Krieg vor.**

Berlin, Meerbusch, München, Osnabrück, den 2. Mai 2002:

Mit deutlicher Kritik am US-Krieg gegen den Terror als „Gefahr für die Welt“ und seiner Unterstützung durch amerikanische Intellektuelle, aber auch an der Politik der „uneingeschränkten Solidarität“ der deutschen und anderer europäischer Regierungen haben sich 90 Persönlichkeiten aus Deutschland in einem Offenen Brief „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“ zu Wort gemeldet.

Sie reagieren damit auf das im Februar von 60 amerikanischen Intellektuellen herausgegebene Manifest „Gerechter Krieg gegen den Terror“, den diese „zum Schutz universeller Werte“ für möglich und verantwortbar halten. Mit ihrem seit Mitte März zirkulierenden Offenen Brief erfüllen Sie gleichzeitig den Wunsch von 150 US-Wissenschaftlern, die in einem Anfang April veröffentlichten Brief „An Freunde in Europa“ das Andere, der Kriegspolitik des US-Präsidenten kritisch gegenüberstehende Amerika zu Wort kommen lassen und die Freunde in Europa auffordern, sich einzumischen.

Initiatoren des Offenen Briefes sind die Verfasser des im Dezember 2001 veröffentlichten „Aufrufs zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden“: Prof. Dr. Dr. Hans Peter Dürr vom Global Challenges Network München und Träger des alternativen Nobelpreises, Heiko Kauffmann, langjähriger Sprecher und Vorstandsmitglied von PRO ASYL, Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Osnabrücker Sozialwissenschaftler und Friedensforscher und Frank Uhe, Geschäftsführer der Deutschen Sektion der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges (IPPNW), Ärzte in sozialer Verantwortung.

Zu den UnterzeichnerInnen des Offenen Briefes gehören Prof. Dr. Andreas Buro, Prof. Dr. Klaus Bade, Prof. Dr. Jörg Becker, Prof. Dr. Elmar Brähler, Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr, Prof. Dr. Andreas Flitner, Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Prof. Dr. Walter Jens, Prof. Dr. Dr. Dieter S. Lutz, Prof. Dr. Dietmar Mieth, Prof. Dr. Klaus Michael Meyer-Abich, Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter, Prof. Dr. Dorothee Sölle, Friedrich Schorlemmer, sowie die Autoren Carl Amery, Christoph Hein, Peter Rühmkorf, Tilman Spengler, Günter Wallraff und weitere 70 Personen.

Bei der Vorstellung des Offenen Briefes erklärte Prof. Hans-Peter Dürr: „Angesichts der Terroranschläge am 11. September sollten wir in unserer Ratlosigkeit nicht den gefährlichen Weg gehen, die Menschheit kurzerhand in die „Guten“ und „Bösen“ aufzuteilen, sondern wir sollten inne halten und nach den tieferen Ursachen dieser Wahnsinnstaten fragen. Es sind ja nicht die universellen, von den Autoren des Manifestes „What We're Fighting for!“ (Für was wir kämpfen!) in ihrer Sprache hervorgehobenen Werte, die auf Widerspruch stossen und die Menschen trennen, sondern dass die Autoren die Anerkennung dieser Werte für sich pauschal in Anspruch nehmen und sie anderen, die diese Werte anders fassen, absprechen. Dies führt zu einem Meinungsklima, in dem jede Kritik an der Politik der amerikanischen Regierung, ob sie nun von US-Amerikanern oder anderen weltweit kommt, als Verletzung dieser universellen Werte, im Widerspruch zu ihrer Bedeutung, diffamiert wird. Dadurch wird das Manifest als ein machtpolitisches Instrument wahrgenommen, um nach außen die Ausweitung der wirtschaftlichen, militärischen und politischen US-Vorherrschaft zu begründen und nach innen, um die bürgerlichen Grundrechte auf Freiheit und freie Meinungsäußerung einzuschränken. Wir sollten uns vielmehr überlegen, welche dauerhaften

Formen echter Kommunikation wir weltweit entwickeln können, bei denen die Menschen wieder als Persönlichkeiten und in ihrer jeweiligen Eigenart wahrgenommen werden und nicht nur als anonyme Mitglieder eines „guten“ oder „bösen“ Landes in unseren Strategien auftauchen.“

Prof. Dr. Mohssen Massarrat kritisierte in seiner Stellungnahme das risikoreiche Verhalten fundamentalistischer Eliten im Westen wie in der islamischen Welt, weil sie "die kulturellen Werte und religiösen Überzeugungen zur Legitimierung der eigenen Politik instrumentalisieren, damit die jeweils andere Seite zum Bösen stigmatisieren und dadurch künstlich einen Kampf der Kulturen heraufbeschwören, der die wirklichen Herausforderungen wie Armut, globale Umweltkriege, Arbeitslosigkeit und Menschenrechtsverletzungen verdeckt". Massarrat bemängelt insbesondere "die Glaubwürdigkeit des Westens, weil dieser für Menschenrechte und Menschenwürde zweierlei Maß anlegt, wie wir durch die eindeutige Parteinahme für die aggressive Kriegspolitik Israels gerade erleben. Wie sollen andere Länder", so Massarrat, "die universelle Gültigkeit von Werten und moralischen Maßstäben des Westens ernst nehmen, wenn ausgerechnet die Verfechter dieser Werte selbst diese mit Füßen treten, sobald es ihnen opportun erscheint."

Heiko Kauffmann betonte, dass die in der „Allianz gegen den Terror“ verbündeten westlichen Staaten auch nach dem 11. September noch immer falsche Prioritäten setzten: „Gemessen an den vitalen Lebens- und Sicherheitsinteressen der Menschheit im 21. Jahrhundert folgen die westlichen Regierungen noch immer einer „Realpolitik“ ohne Realitätsbewußtsein. Eine Weltfriedensordnung des 21. Jahrhunderts kann nicht auf der Dominanz ökonomischer und militärischer Machtinteressen einiger weniger Länder und des reichsten Fünftels der Erde beruhen; sie kann nur in der Verwirklichung der Lebens- und Sicherheitsinteressen der Menschen in allen Ländern begründet sein. Deshalb benötigt die Politik einen Paradigmenwechsel im Sicherheitsdenken: weg von militärischer Sicherheit hin zu menschlicher Sicherheit - als Grundlage für Entwicklung, soziale Gerechtigkeit und Verwirklichung der Menschenrechte. Die Forderungen des Weltsozialgipfels 1995 in Kopenhagen und des UN-Berichts für eine Globalisierung mit menschlichen Antlitz stehen noch immer auf der Tagesordnung!“

Frank Uhe von der IPPNW wies in diesem Zusammenhang auf das Anliegen des von den Initiatoren verfaßten ‘Aufrufs zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden’ hin: „Die Ereignisse nach dem 11. September bestätigen uns aufs Neue die in unserem ‘Aufruf’ begründete Notwendigkeit eines zivilgesellschaftlichen Gegengewichts. Die Parteiendemokratie ist nur noch sehr begrenzt in der Lage, die (Überlebens-)Bedürfnisse der Menschen zu erfüllen. Eine Politik der Nachhaltigkeit, die auch zukünftige Generationen im Blick hat, ist nicht in Sicht. Stattdessen hat sich die Politik den „Sachzwängen“ der neoliberalen Globalisierung, der Militarisierung der Außenpolitik und den Hegemonialbestrebungen der USA weitestgehend gebeugt. Deshalb ist eine deutliche Artikulation und Beteiligung zivilgesellschaftlicher Kräfte in einem solchen Diskurs dringend erforderlich.“

Gerade weil sich die politische Klasse hinsichtlich friedenspolitischer Alternativen für Europa und der Alternativen bei allen wesentlichen Zukunftsanliegen in Schweigen hielt oder so gut wie nicht in Erscheinung tritt, sind hier nach Überzeugung der Initiatoren die Kräfte der Zivilgesellschaft - die Intellektuellen, VertreterInnen von NGOs und sozialen Bewegungen stärker den je gefragt, ein Gegengewicht zur Parteiendemokratie zu bilden und als partizipierende politische Kraft sichtbar zu machen. Nach dem gemeinsamen ‘Aufruf zu einer weltweiten Koalition für Leben und Frieden’ und seiner Verbreitung ist die vorliegende Stellungnahme ein weiterer Schritt in diese Richtung, dem – so Dürr, Kauffmann, Massarrat und Uhe – weitere folgen werden..

Anlage: Offener Brief „Eine Welt der Gerechtigkeit und des Friedens sieht anders aus“

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr, Telefon (089) 323 542 80

Heiko Kauffmann, Telefon: (02132) 760 487

Prof. Dr. Mohssen Massarrat, Telefon: (0541) 442 284 oder 969 4156 8 (dienstlich)

Frank Uhe: (030) 693 0244